

Wittgensteiner Zeitung

Amtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe,
der Aemter Wittgenstein, Banse und Erndtebrück

Schreibleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Nummer 90

Laasphe, Samstag den 10. November 1923

48. Jahrgang

Die Wittgensteiner Zeitung erscheint jeden
Mittwoch u. Samstag u. kostet halbmöndlich
5 Millionen. —: Fernsprecher Nr. 1.
— Postfachkonto 6511 Nr. 404 49 —

Anzeigen: 1mmhoch, 48mm breit, 5 Milliar.
Reklamen: 1mmhoch, 90 mm br. 26 Milliar.
Girokonto: Kreispostkasse Laasphe Nr. 89
Bankkonto: Markburger Bank Abt. Laasphe

Amtliches.

Bekanntmachung.

Endgültige Zusammenfassung des Gewerbegerichts!
Vorstand: Der Vorsitzende des Kreisaußschusses,
Landrat Dr. Kretschmar.

Seinen Stellvertreter: Bürgermeister Hornung in Verleburg
und Amtsgerichtsrat Dr. Murray in Laasphe.
Der Vorsitzende des Gerichts und seine Stellvertreter sind zu-
gleich Kammerpräsidenten oder stellv. Kammerpräsidenten.

Beisitzer:

A. Kammer Verleburg.

1. Arbeitgeber: Albrecht Lorenz in Naumburg,
Fabrikant Friedrich in Verleburg,
Knebel
Winkel
2. Arbeitnehmer: Fritz Knebel in Wingershausen (Nr. 80),
Ernst Schmidt in Schwarzenau,
August Hadenbratt jun. in Verleburg,
Wilhelm Hornung in Verleburg.

B. Kammer Laasphe.

1. Arbeitgeber: Fritz von Wittgenstein in Friedrichshütte,
Dr. Bang in Friedrichshütte,
Otto Strad in Laasphe,
Fritz Bomhof in Laasphe.
 2. Arbeitnehmer: Karl Fischer in Laasphe,
Karl Dreisbach in Laasphe,
Wilhelm Hagen in Erndtebrück,
August Schmanna in Laasphe.
- Klagen usw. sind seitens der Parteien unmittelbar an die
Kammerpräsidenten (Bürgermeister Hornung für Kammer Verleburg,
Amtsgerichtsrat Dr. Murray für Kammer Laasphe) einzureichen.
Kammer Verleburg umfasst die Bezirke der Stadt Verleburg und
der Aemter Verleburg, Verleburg und Wingershausen, die Kammer Laasphe
die Bezirke der Stadt Laasphe und der Aemter Banse und Erndte-
brück. Hinsichtlich der Zustellung der förmlichen Güterbesitz ist die
Gemeindeverwaltung entscheidend, innerhalb deren die einzelnen Teile
der Güterbezirke liegen.

Verleburg, den 5. November 1923.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses des Kreises Wittgenstein.
Dr. Kretschmar.

Bekanntmachung.

Die Verfügungen für oder gegen die Errichtung einer Zwangs-
innung für das Damen Schneiderinnen-Handwerk für den Bezirk des
Kreises Wittgenstein sind schriftlich bis einschl. 22. November oder
mündlich in der Zeit vom 8. bis einschl. 22. November bei mir ab-
zugeben. Die Abgabe der mündlichen Verfügung kann während des
angegebenen Zeitraumes werktäglich von 10—12 Uhr vormittags
(mit Ausnahme von Dienstag und Mittwoch) im Dienstzimmer Nr. 1
des Landratsamtes erfolgen.

Ich fordere hierdurch alle Handwerkerinnen, welche im Kreise
Wittgenstein das Damen Schneiderinnen-Handwerk betreiben, zur Ab-
gabe ihrer Verfügung mit dem Bemerkten auf, daß nur solche Er-
klärungen gültig sind, welche erkennen lassen, ob die Errichtung der
Zwangsinnung Zustimmung oder nicht, und daß nach

Ablauf des obigen Zeitpunktes eingehende Verfügungen unberück-
sichtigt bleiben. Die Abgabe einer Verfügung ist auch für diejenigen
Handwerkerinnen erforderlich, welche den Antrag auf Errichtung der
Zwangsinnung gestellt haben.

Verleburg, den 27. Oktober 1923.

Der Landrat. J. W. Weber, Kreissekretär.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Beschlusses vom 29. Novbr. 1922 zur Ordnung
bezt. die Erhebung von Verwaltungsgebühren im Kreise Wittgenstein
werden die in dieser Ordnung in § 1 Abschn. A, C, D, E, F, G,
H und K aufgeführten Gebührensätze mit Wirkung vom 10. Novbr.
1923 ab auf das 30 Millionenfache erhöht.

Verleburg, den 31. Oktober 1923.

Der Kreisaußschuß, gez. Dr. Kretschmar. Rähm. Bels.

Verleburg, den 5. November 1923.

Der Vorsitzende des Kreisaußschusses des Kreises Wittgenstein.
Dr. Kretschmar.

„Die Lebensretter“.

Von Dr. C. Wühling.

Die vor Jahresfrist vom Staatssekretär der auswärtigen
Angelegenheiten Amerikas mit so großem Ernst aufgestellte
Forderung, daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands von einer
aus unparteiischen Sachverständigen bestehenden Kommission
geprüft werden sollte, weil ohne eine solche Prüfung und eine
auf ihr beruhende endgültige Feststellung der deutschen
Reparationszahlungen die Wirtschaft von ganz Europa zu-
grunde gehen und die der Vereinigten Staaten schweren Schäd-
en leiden würde, hat wohl in England, in Deutschland und
in Italien zunehmenden Widerhall gefunden, ist aber in
Frankreich entschieden abgelehnt worden. Und da Deutsch-
land auf die Entschlüsse der Verbündeten nicht den geringsten
Einfluß hat, England und Italien aber die Aufrechterhaltung
der für den Krieg geschlossenen Bündnisse allen anderen In-
teressen überordnet, ist der Vorschlag des amerikanischen
Staatsmannes ohne jede praktische Wirkung ge-
blieben.

Nachdem nun der große Friedensförderer Europas durch die
Ruhebesetzung den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutsch-
lands herbeigeführt hat und seine politische Vernichtung vor-
bereitet, also nicht vor dem Ziele seiner Politik steht, hat
England in letzter Stunde im Bewußtsein der Ge-
fahr, mit der es der französische Militarismus bedroht, den
Gedanken Hughes noch einmal aufgegriffen und seine Ver-
bindeten in einer sehr eindringlichen Note aufgefordert, diese
Sachverständigenkommission nun endlich einzuberufen. Vorher
hatte sich Lord Curzon vergewissert, daß die Vereinigten
Staaten auch heute noch bereit seien, sich an einer solchen

Konferenz zu beteiligen. Die Antwort, die ihm von Amerika
zuteil wurde, war so vorsichtig gefaßt, kam den vorauszu-
sehen den französischen Bedenken so weit entgegen, daß selbst die
Leute in England, die den Verfügungen Poincarés keinen
Glauben schenken, und die Ziele seiner deutschen Politik durch-
schauen, der Ansicht waren, daß Frankreich den Vorschlag
Englands mit den von den Vereinigten Staaten gemachten
Vorbehalten annehmen würde. Denn diese Vorbehalte sicher-
ten Frankreich vor der Gefahr, durch die Beschlüsse der Sach-
verständigenkonferenz zum Verzicht auf irgend eine
seiner Forderungen gezwungen zu werden, weil
diese Beschlüsse nur den Charakter von Ratsschlüssen
haben sollten, sie sicherten Frankreich auch gegen jede will-
kürliche Herabsetzung der deutschen Schuld und gegen jeden
Erlaß der nochmals ausdrücklich anerkannten Verpflichtung.
Die Sachverständigen sollten nur die Aufgabe haben, die
Grenze für die Erfüllung dieser Verpflichtung festzustellen.
Auch dem Wunsche, daß, wie es der Vertrag
von Versailles vorschreibt, die Reparationskommission die Sach-
verständigen berufen sollte, war in der amerikanischen Antwort
Rechnung getragen. Trotzdem auf die französischen An-
sprüche also die zarteste Rücksicht genommen worden war, hat
Frankreich, wenn es auch diesmal die Prüfung der deutschen
Leistungsfähigkeit nicht grundsätzlich ablehnt, durch eine vom
ihm aufgestellte Forderung die Erreichung des Ziels, das Eng-
land und die Vereinigten Staaten bei Einberufung der Sach-
verständigenkonferenz im Auge haben, nämlich die
endliche Beruhigung Europas, unmöglich
gemacht. Es hat nämlich verlangt, daß die Sachverständigen
nur die augenblickliche Leistungsfähigkeit Deutschlands
feststellen, und daß die Verklavung der besetzten Gebiete fort-
dauert, bis die deutsche Schuld getilgt ist. Miteinander ver-
bunden, bedeuten diese beiden Forderungen nichts anderes
als die Verewigung der Besetzung des Ruhr-
gebietes.

Die Sachverständigenkommission würde, wenn sie unter
der Herrschaft dieser französischen Forderungen verhandelte,
nur zu einer nutzlosen Vergeudung von Zeit und Arbeit ge-
zwungen werden. Es ist begreiflich, daß sich kein ernst-
amerikanischer Staatsmann bereitfinden lassen wird, sich an
einem so aussichtslosen Unternehmen zu beteiligen, und daß
auch in England Stimmen laut werden, die der Regierung
raten, ihren Vorschlag lieber zurückzuziehen, als ihn durch
den Mann und das Volk, das die Beruhigung
Europas offenbar nicht will, sinnlos machen
lassen.

Es gibt freilich auch Leute in England, die eine Sach-
verständigenkonferenz, die unter den Vorbehalten Frank-
reichs verhandelt, immer noch für besser hält als gar keine.

Das Haus des Sonderlings.

12] Kriminalroman von Erich Ebenstein.

„Sie haben eine Gärtnerei? Hier in Wien? Wie
ist denn das gekommen?“

„O, ganz einfach. Sie wissen ja, Fräulein, daß
der ältere Bruder meines Mannes nach Amerika ging?“

„Ich erinnere mich. Er war ein Tunichtgut, nicht
wahr?“

„Ja. Aber später wurde er ganz brav und or-
dentlich, und Heimweh hatte er auch, obwohl er da-
von nie etwas geschrieben hatte. Und das Häuschen
in Lengbach, das wissen Sie ja auch, gehörte eigent-
lich meinem Schwiegervater. Wir führten bloß die ge-
samte Wirtschaft, weil Anton doch fort war, und der
Alte selbst es nicht mehr konnte. Vom Jahr ist er
gestorben — Gott hab ihn selig! Da kam dann der
Anton wieder heim, und wie sich schon oft etwas schnell
machte — verliebte er sich in die hübsche Mariebelle vom
Bäcker Glawatsch. Erinnern Sie sich noch an ihn?“

„Natürlich! Der dicke Mann, der immer an Asthma
litt!“

„Ja, wohl. Er lebt trotzdem noch. Und seine Ma-
rie ist ein hübsches Mädel geworden und wurde
vor einem Vierteljahr meine Schwägerin. Natürlich
übernahm der Anton da das Haus. Wir wurden aus-
gezehrt und fast zu gleicher Zeit starb mein Vater in
Klosterneuburg. Da erbte ich auch etwas. Und so
meinte mein Karl, wenn ich wollte, könnten wir uns
wohl irgendwo eine eigene Gärtnerei kaufen, denn ich
verstand doch die Sache, und er auch ein bißchen, und
Freude hätten wir ja beide dazu. So war natürlich
gleich einverstanden, und so haben wir uns um. In
Erdberg draußen waren mehrere Gärtnereien zum Ver-
kauf ausgesetzt. Davon haben wir jetzt eine. Seit
drei Wochen erst. Aber ich sage Ihnen, Sie werden
ihre Freude daran haben, wenn Sie sie ansehen kom-
men. Sie kommen doch einmal mit der Frau Maria,
ja? Wir wollten Sie schon immer einmal darum bit-
ten zu kommen, aber im Anfang gab es halt so viele
Arbeiten! Wir konnten nie abkommen.“

„Gewiß, werden wir Sie einmal besuchen, Frau
Göbel!“

„Aber bald, Fräulein, ja! Dann gebe ich Ihnen
von den ersten Früchten mit und habeschen, so viel
Sie mögen. Heute war ich in Ragran draußen bei
einem Verwandten von Karl, der auch eine Gärtnerei
hat, Samen holen. Die haben nämlich ganz besondere
Sorten von Mangold und Schwarzwurzeln... aber
Herrgott, da meine Zeit! Jetzt hätte ich mich schon
beinahe verlaufen und meine Umsteigekasse verpackt.
Adieu, Fräulein Heiß! Und kommen Sie nur recht,
recht bald!“

Sie nahm ihren Korb und hastete eilig dem Aus-
gang zu, denn der Wagen hielt bereits.
Heiß blickte ihr gerührt nach.

„Sie ist doch eine herzensgute Frau und immer
noch dankbar für die kleinen Gefälligkeiten, die meine
Eltern ihr seinerzeit erwiesen haben. Ich muß wirk-
lich mit Maria bald einmal hinaus zu ihr gehen.“

Bald darauf war der Ring erreicht, wo auch Hens-
pel umsteigen mußte.

„Herr Untersuchungsrichter, eine Dame ist draußen,
die Sie durchaus sprechen will,“ meldete der Amtsdien-
er Doktor Wasmuth.

„Schon wieder! Heute ist ja rein der Teufel los,
daß man zu keiner Arbeit kommt. Wer ist's denn?“

„Unbekannt, Herr Untersuchungsrichter. Was noch
hier.“

„Was will sie?“

„Ebenfalls unbekannt, Herr Untersuchungsrichter.“

„Keine Dame?“

„Sehr, Herr Untersuchungsrichter! Wildschön, jung
und vornehm wie eine Gräfin!“

„Na, na, wir haben schon recht wenig vornehme
Gräfinnen hier gesehen. Zög. Fragen Sie sie, wer sie
ist, und was sie will. Im übrigen: warten!“

Zög. verschwand. Dr. Wasmuth vertiefte sich wie-
der in seine Akten. Nach zwei Minuten kam Zög zu-
rück und schob flüchtig eine Karte in den Sekretär sei-
nes Borgefächens. Wasmuth warf einen Blick darauf u.
sprang plötzlich wie elektrisiert auf.

„Marie Anne Torwesten?“ las er halblaut. Er
starrte Zög einen Augenblick ungläubig an und befahl
dann hastig: „Sofort hereinführen!“

Die Tür tat sich auf, und herein trat schlichtern und
verlegen, wie sie vor ein paar Tagen sich im Olympion
vor dem Publikum verbeugt hatte, die „belle Abisane“
in einem bescheidenen Trotteurkleid aus weißem Som-
merflanell.

Ihr prachtvolles, goldig schimmerndes Haar quoll
in feidigen Wellen unter dem einfachen Toquehütchen
aus weißem Stoff, das eine einzige, allerdings kost-
bare schwarze Pleureuse schmückte, hervor, und umgab
das süße, reine Oval ihres rosigen Gesichtes wie einen
Heiligenschein.

Kein Schmutz war an ihr zu sehen. Sie trug nur
einen Strauß frischer Veilchen an der Brust, der mit
seinem leisen, feinen Duft den Raum zu füllen be-
gann.

Der Untersuchungsrichter umfaßte dies alles mit
einem Blick. Die belle Abisane, die Zugnummer der
Engl-Langls, deren Auftreten von dem Tam-Tam der
Reklame und Sensation begleitet wurde, kam zu ihm!
Er wußte aus eigener Anschauung, daß sie außerdem
auch eine wirkliche Künstlerin war. Und zugleich sah
er, daß sie eine vollendete Dame war.

Dieser Widerspruch zwischen Beruf und Erschei-
nung verwirrte ihn. Zum erstenmal vielleicht in seiner
Amtstätigkeit fühlte er sich innerlich befangen.

Dazu kam, daß er sie seiner Karte gemäß offenbar
als „Frau Torwesten“ ansprechen und behandeln mußte.
„Gnädige Frau,“ sagte er darum weniger sicher,
als er gewünscht hätte, „Sie sehen mich ersaumt! Vor
zwei Tagen hatte ich den Vorzug, Sie als Künstlerin
bewundern zu dürfen, und nun suchen Sie mich hier
in meinem Amtszimmer als Frau Torwesten auf — wo-
raus ich schließen muß, daß... aber bitte, nehmen
Sie vor allem Platz.“

Er schob ihr galant einen Stuhl hin und ließ sich
auf seinen Sitz am Schreibtisch ihr gegenüber nieder.

Frau Torwesten hatte sich erdend gesetzt.

„Ja, Herr Doktor, ich komme einerseits, Sie um
Aufklärungen zu bitten, andererseits, Ihre Hilfe an-
zurufen.“

„Aufklärungen, worüber?“

„Über meinen Mann. Ich habe erst in Budapest
zufällig erfahren, daß er plötzlich verschwunden sein

welt, wenn auch nur die augenblickliche Leistungsfähigkeit Deutschlands festgestellt wird, der vollkommene wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands wenigstens durch ein Moratorium, das nicht einstimmig beschlossen zu werden braucht, verlagert werden kann und während dieser Vertagung Umstände eintreten können, die eine Verringerung der französischen Politik herbeiführen.

Dafür, daß die Bemühungen Englands, die vollkommene wirtschaftliche Vernichtung und politische Zerstückelung Deutschlands zu verhindern, nicht in uns Deutschen den Glauben erwecken, daß irgendein freundliches Gefühl gegen uns über den im Kriege großgezogenen Haß zu siegen beginnt, hat die englische Regierung zur größten Genugtuung Frankreichs in diesen Tagen gefordert. Sie hat nämlich, als sie durch die Presse erfuhr, daß der deutsche Kronprinz den dringenden Wunsch habe, in seine Heimat, zu seiner Frau und zu seinen Kindern zurückzukehren, durch ihren Vorschlag in Paris die französische Regierung aufgefordert, von der holländischen Regierung die Verhinderung der Rückkehr des Kronprinzen zu verlangen. Dieser Schritt läßt sich nur dadurch erklären, daß man in London auch heute noch, wie einst Lloyd George in seiner berühmten Knock-out-Rede, die Deutschen nicht zu den „Menschen“ rechnet und deshalb glaubt, daß sie auch nicht wie Menschen behandelt zu werden brauchen. Wir wissen also, daß Englands Vorschlag zur Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit durch Sachverständige ausschließlich selbsttätige Beweggründe hat.

Das muß uns aber bei unserer Machtlosigkeit gleichgültig sein. Wenn jemand am Ertrinken ist, so wird er sich nicht darum kümmern, ob der, der ihm ein Rettungsseil zuwirft, ihn liebt oder haßt; er wird es ergreifen, wenn er auch die Überzeugung hat, daß das Leben, das ihm der Retter wünscht, ein schweres und qualvolles Leben bleibt. Er wird zunächst einmal sein Leben zu erhalten suchen und es der Zukunft überlassen, wie es sich gestaltet.

Freie und volle Untersuchung der Reparationsfrage.

Einigkeit zwischen England, Italien und Belgien.

Mitteilungen, die beim Staatsdepartement der Vereinigten Staaten in Washington eingegangen sind, besagen, daß Großbritannien, Italien und Belgien ein Abkommen zugunsten einer freien und vollen Untersuchung der Reparationsfrage durch einen Sachverständigen-Ausschuß erzielt haben.

Die Vorbehalte für Amerika unannehmbar.

Der New-Yorker-Berichterstatter des „Daily Chronicle“ erzählt von bester Seite, es bestünde keine Wahrscheinlichkeit für irgend eine Verringerung in der Haltung der Vereinigten Staaten infolge der von Poincaré durch den französischen Vizepräsidenten gegenüber Staatssekretär Hughes erhobenen Vorstellungen. Zuerst müsse eine persönliche Zusammenkunft mit Präsident Coolidge haben, der ebenso wie Staatssekretär Hughes ernstlich hoffe, daß er die Möglichkeit habe, Poincaré zu überreden, dem Sachverständigen-Ausschuß keine Beschränkungen aufzuerlegen. Wenn diese Vorstellungen fehlschlagen sollten, so werde Amerika seinerseits mit der Untersuchung nichts mehr zu tun haben wollen. Dem Berichterstatter zufolge ist nicht eine einzige der Beschränkungen Poincarés für den amerikanischen Staat annehmbar.

Amerikanische Rückfrage in Paris.

Neuer meldet aus Washington: Von ausländischer Seite wird mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht imstande ist, genau festzustellen, was Poincaré beabsichtigt, wenn er vorschlägt, die Untersuchung auf Deutschlands „gegenwärtige“ Fähigkeit, Reparationen zu zahlen, zu beschränken. Der französische Vizepräsident hat nach Paris telegraphiert und

soll. Gestern aber erwähnte mein gegenwärtiger Direktor zu meinem namenlosen Schreden etwas von einem Verbrechen, das mein Mann um meinetwillen begangen haben soll, und daß er von der Staatsanwaltschaft gesucht werde! Ich war so entsetzt, daß ich ihn gar nicht ausreden ließ, sondern halbtot in meinen Wagen stieg und nach Hause fuhr. Heute früh nun kam die meine Dienerin zu ihm, um mich zu erkundigen, wer die Untersuchung führt, denn es schien mir richtig, nur an kompetenter Stelle Aufklärungen zu erbitten.

„Sie haben erst gestern erfahren, daß Ihr Mann ein Mörder ist und sich auf der Flucht befindet?“ sagte er endlich ungläubig. „Das ist doch gar nicht möglich! Die Zeitungen brachten es doch alles sehr ausführlich, und es wurde sogar benutzt, um ...“

„Ich lese nie Zeitungen!“ unterbrach sie ihn stolz. „Wie — eine Künstlerin ...“

„Eben darum! Ich hasse dieses Geschwätz von Meinungen und Kritiken. Es beirrt mich in meinen Produktionen. Der eine will es so, der andere so. Ich aber gebe nur mich selbst. Meine Seele. Mein innerstes Wesen. Es würde mich nur beunruhigen, wenn ich zufällig daran dächte, wie dieser oder jener Kritiker mich nach seinem Geist auffaßt. Darum darf mir kein Zeitungsblatt in die Nähe.“

„Aber Ihre Kollegen müssen Ihnen doch gesagt haben ...“

„Kollegen?“ unterbrach sie ihn zum zweitenmal, diesmal mit wegwerfender Verächtlichkeit. „Glauben Sie wirklich, daß ich mit diesen ... Artisten verkehre oder auch nur spreche? Ich bin vom Theater weg, um nicht mit solchen Leuten verkehren zu müssen, was dort ja schon der Proben wegen unvermeidlich war. Im Varieté bin ich ganz unabhängig, so befreitend das Unerwartete auch erscheinen mag. Ich fahre hin, um meine Nummer zu bringen, und verlasse das Haus sofort, wenn diese vorüber ist. Fragen Sie doch all die Leute, welche im Apollo oder jetzt im Olympia engagiert sind, ob mich einer von ihnen persönlich kennt, ob ich je mit einem gesprochen habe!“

„Dann sind Sie allerdings eine seltene Ausnahme,

um genaue Vorgehensweise, die mit Spannung erwartet wird.“

Die Agentur Savas berichtet, daß die neuen Instruktionen an den französischen Botschafter in Washington nun abgegangen sind. Man sieht deshalb voraus, daß die Verhandlungen noch einige Tage andauern werden. Inzwischen wird am Quai d'Orsay das Programm für die Sachverständigenkonferenz ausgearbeitet.

Belgien sucht zu vermitteln.

Der Brüsseler Berichterstatter der Times schreibt, die belgische Regierung habe energische Schritte unternommen, um eine Versöhnung des britischen, französischen und belgischen Standpunktes zuwege zu bringen. Augenblicklich seien diese Verhandlungen eingestellt. Man sei der Ansicht, daß der nächste Schritt von der britischen Regierung unternommen werden müsse, die eine neue Form der Einladung an die Vereinigten Staaten durch Großbritannien, Frankreich und Belgien vorschlagen müsse.

Verhandlungen über eine rein bürgerliche Regierung.

Im Reichstag haben im Laufe des Dienstags Verhandlungen der bürgerlichen Fraktionen über die Frage der Bildung einer rein bürgerlichen Regierung stattgefunden. Angeregt wurden diese Besprechungen durch die Unterredung, die der Führer der Deutschnationalen, Abgeordneter Hergt, wie bereits gemeldet, mittags mit dem Reichstagskanzler hatte. In dieser Besprechung wurden die Grundlagen einer Zusammenarbeit der bürgerlichen Fraktion der Arbeitsgemeinschaft mit der deutschnationalen Fraktion erörtert, ohne daß ein positives Resultat erzielt wurde.

Eine selbstverständliche Voraussetzung der Deutschnationalen für die Bildung einer bürgerlichen Regierung ist die Auflösung der Großen Koalition in Preußen. Die Demokraten verhalten sich aber ablehnend, weil sie eine ungünstige Einwirkung auf die auswärtige Politik und auf die Verhältnisse im Rheinland bei einem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung befürchten.

Bezeichnend ist das im Reichstag verbreitete Gerücht, daß eventuell der deutsche Botschafter in Washington Kanzler einer bürgerlichen Koalition werden könnte. Die deutschnationalen Fraktion wird, wenn der Reichstag zusammentreten sollte, einen Antrag einbringen, wonach eine Verringerung der Weimarer Verfassung durch einen Reichstagsausschuß von 28 Mitgliedern beraten werden soll, um die Schwierigkeiten des Verhältnisses des Reiches zu den Ländern aus der Welt zu schaffen.

Die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei verbreitet folgende Erklärung: „Der Abg. Hergt hatte mit Herrn Dr. Stresemann eine persönliche Unterredung, die nur in formatorischen Charakter hatte und streng vertraulich war. Abg. Hergt hatte dabei Gelegenheit, das bereits seit längerer Zeit vollständig fertiggestellte Programm der Deutschnationalen Volkspartei für die Bildung einer neuen Regierung darzulegen. Dieses Programm hat auch bereits das Einverständnis weitest Kreise der Wirtschaft und der nationalen Bewegung gefunden, so daß die neu zu bildende Regierung des Vertrauens mit Recht diesen Namen tragen würde. Offiziell ist von keiner Seite an die Deutschnationalen Volkspartei herangetreten worden.“

Die Stabilisierung der Mark.

Die Frage der Feststellung eines bestimmten Wertverhältnisses zwischen der Papiermark und einem festen Zahlungswerte ist bis jetzt noch nicht entschieden. Das Reichskabinett hat sich Mittwoch nachmittag mit diesem Problem erneut beschäftigt.

Es wird in parlamentarischen Kreisen bezweifelt, ob ein Beschluß in dem Sinne zustande kommt, daß diese Relation festgelegt wird. Möglicherweise werden angesichts der Schwierigkeiten dieses Gegenstandes noch andere Wege für die Stabilisierung der Mark in Erwägung gezogen. Der Reichsfinanzminister hat sich mit zahlreichen Sachverständigen in Verbindung gesetzt und mit ihnen diese Frage eingehend erörtert.

gnädige Frau! Unter diesen besonderen Verhältnissen, die Sie um sich schaffen, wird es schließlich begreiflich, daß Sie sich in Unkenntnis über die Vorgänge der letzten Zeit befinden, die man sogar zu Reklamezwecken ausbeutet.“

„Ich jorge einfach für ...“ reihe Lust um mich! Das bin ich mir selbst, aber auch meinem Mann schuldig. Aber nun, bitte, sagen Sie mir endlich, was geschehen ist?“

Herr Torwesten hat in der Nacht vom 29. zum 30. Mai den Aktisten Fred Chambers in seine Villa draußen bei Baden gelockt und ermordet. Man fand den Leichnam erst kürzlich auf. Er war im Garten vergraben. Erst jetzt erstand man, daß Torwestens geheimnisvolles Verschwinden — nicht vor der strafen den Gerechtigkeit war.“

Frau Torwesten schien nur den ersten Teil der Worte gehört zu haben. Bei dem Namen Fred Chambers war sie zusammengezuckt, und als sie seinen Tod erfuhr, bedeckte plötzlich Zeichenblässe ihr Gesicht.

Sie starrte den Untersuchungsrichter mit vor Entsetzen förmlich aus den Höhlen tretenden Augen an.

(Fortsetzung folgt)

Sonntagsplauderei.

Etwas von der Zeitung.

Für die Zeitung gilt in erster Linie das Wort Goethes: „Wer vieles bringt, wird mandem etwas bringen.“ Darüber hinaus gibt es aber Wünsche, die ebenfalls Berücksichtigung erheischen, die sich aber nur zu oft nicht unter einen Hut bringen lassen. Da wird man z. B. unzählige Male aufgefordert, den Bädern den Standpunkt klar zu machen, weil sie das Brot so verteuern.“ Weißt man darauf hin, daß den Bädern bei ihren Profitkalkulationen durch eine Vereinigung von Sachverständigen sehr scharf auf die Finger gesehen wurde, ist man einseitiger Botschafter der freien Wirtschaft und vernachlässigt die Konsumenten-Interessen. Auch den Weggebern soll man gehörig auf den Boden stellen, daß sie mit den Fleischpreisen nicht heruntergingen,

Vorläufig keine Markstabilisierung.

Eine neue Goldanleihe.

Berlin, 8. Nov. Gestern hat das Kabinett wichtige Beschlüsse zur Währungsfrage gefaßt. Einem Bericht des Finanzministers Dr. Lütger hierüber vor Pressevertretern ist folgendes zu entnehmen:

In anbetragt der Tatsache, daß seit Sonnabend im Ruhrgebiet 2 Millionen Erwerbslose durch Reichsmittel erhalten werden müssen, kann das Reich die geplante Bindung der Papiermark an die Goldanleihe durch Festsetzung eines Einheitskurses vorläufig noch nicht vornehmen, weil bei der bestehenden ungeheuren Belastung der Papiermark dann die Goldanleihe und Rentenmark durch die Papiermark mit herabgezogen werden würde.

Zur Ausgabe gelangen aber neue 300 Millionen Mark Goldanleihe (im ganzen werden dann 800 Millionen Mark Goldanleihe emittiert, zusätzlich von 300 Millionen Mark Goldanleihe, die zur Deckung des wertbeständigen Notgeldes zu dienen haben), mit denen die Papiermarkbeträge eingelöst werden sollen, wenn nach Stilllegung der Notenpresse der Umfang der Papiermarkemission festgelegt und ein Umrechnungskurs festgelegt werden kann.

Vorausichtlich kommt die Notenpresse zur Stilllegung, und damit der umlaufende Papiermarkbetrag zur Kenntnis, mit Ausnahme der Rentenmark. Es sollen alle Vorbereitungen getroffen sein, daß das am 15. November geschieht.

Die Einheitskurse erhält die Regierung aufricht. Um die Versorgung der Bevölkerung (besonders an Fellen) zu sichern, wird bestimmt:

1. Noch einmalige Erhebung der Devisenabgabe auf Grund der Verordnung zur Sicherung der Rohstoffversorgung;
2. Ablieferungspflicht aller aus der Ausgabe von Zuder einkommenden Devisen.

Die Verpflichtung zur Annahme der Papiermark.

Zur Vorbereitung der Festlegung eines gesicherten Umrechnungskurses für die Papiermark in Goldmark wird der Reichspräsident eine Verordnung erlassen, wonach jeder Verkäufer, der Preise in Gold oder Goldanleihe berechnet, verpflichtet ist, Papiermark nach dem amtlichen Umrechnungskurs der Berliner Börse anzunehmen. Der Reichspräsident hat ferner eine Verordnung erlassen, wonach bei vertraglichen Verpflichtungen, die nach einem außerdeutschen Kurs der Mark bemessen sind, die Erfüllung während der Geltungsdauer dieser Verordnung verweigert werden kann, sofern der Forderungsberechtigte die Annahme der Leistung auf der Grundlage des Berliner Kurses der Mark ablehnt.

Was Bayern will.

Die München-Münchener Abendzeitung veröffentlicht eine Unterredung ihres Berliner Vertreters mit dem bayerischen Gesandten Dr. von Regier, der auf die Frage: „Was will Bayern?“ erwiderte: „Jedenfalls keinen Krieg gegen das Deutsche Reich. Denn diese Groteske ist nur in solchen Köpfen außerhalb Bayerns verbreitet, die von einer geradezu phantastischen Unkenntnis erfüllt sind. Wir wollen keine Separation, wir sind und bleiben Deutsche und im Unglück nun erst recht. Was wir wollen, das ist: dem deutschen Vaterlande aus dem Unglück herauszuheilen, in das es unter dem Einfluß der Sozialdemokratie seit drei Jahren immer tiefer hineingeraten ist. Nun heißt es ein Ende machen mit den sogenannten „Errungen“ der Revolution und der Ordnung und Arbeit wieder zu ihrem Rechte verhelfen! Nach außen braucht das Deutsche Reich wieder mehr Mannlichkeit, Stolz und Selbstbewußtsein.“

Der Gesandte hielt es für durchaus möglich, daß wir auf legalem Wege zu einer Revision der Weimarer Verfassung im bundesstaatlichen Sinne kommen. Ueber die Lage an der bayerisch-thüringischen Grenze sagte er, Thüringen habe zuerst polizeilichen Grenzschutz aufgestellt, dann erst habe Bayern seinen Notpolizei aufgeboden.

Die Reichswehraktion in Thüringen.

Entwaffnung der proletarischen Hundertschaften.

Am Dienstag trafen in Weimar zwei Bataillone Infanterie und eine Eskadron Kavallerie unter dem Kommando des Obersten Brandel aus Detmold auf der Aufgabe, etwa vorhandene proletarische Hundertschaften zu entwaffnen, ein.

gerade als die Geldentwertung ins schärfste Tempo kam und die Schlichtungsberichte Wände reden. Wänden reden sind die Freizeite zu teuer. Trotzdem in größeren Orten ein Baden um den andern schließt, soll man hier Kritik üben. Gibt man zu, daß die Hausbesitzer sich in schwieriger Lage befinden, murzen die Mieter. Legt man ein Wort für den Mieter ein, regnet es Proteste der Hausbesitzer. Steht man fest, daß in einer anderen Stadt die Margarine billiger ist als am Orte, hat man die Speisehändler auf dem Hals. Schimpft man auf die teuren Schuhsohlen und Abzüge, bewiesen Schuhmacher-Junung und Gesellen-Tarif-Kommission, daß das Gewerbe eben den letzten Atemzug tue. Verweist man auf die zu hohen Häute- und Lederpreise, kommen die Lederhändler und Wegger. Wertet man gegen den Zuckerpriest, erhält man lange Tabellen über die Belastung des Großhandels mit Umsatz, Betriebs- und Zuckerpriest, aber hohe Frachten, Expeditionspreise usw. Unterläßt man das, konstituiert sich aus eine Hausfrauen-Protest-Versammlung. Galt man es mit der Republik, ist man ein „Sozi“; erwähnt man die Klagen über die Wiederaufrichtung der Monarchie, ist man das „Sprachrohr von Reaktionen und Hakenkreuzlern“.

Findet man den Bierpreis zu hoch, wird man beglückt vom Brauer-Verband mit Aufklärungen. Galt man's gehen, so hat man keinen Charakter“. Bepreicht man ein Konzert gänzlich, lobhudelt man; kritisiert man abfällig, versteht man nichts von der Musik. Daselbe ist beim Sport der Fall. Bellagt man die Schneiderknechte, regnet es Radelschläge. Galt man das zu schnelle Auto- und Motorradfahren für ungehörig, lebt man nach Meinung der Chauffeure „drei Jahre hinterm Mond“. Abreißt man ein Bescheidener auf den Großhandel, ist man dort „rückständiger Wirtschaftler“; kommt man mit Wünschen an den Kleinhandel, gibt eine Protestversammlung oder man boykottiert den Einzelhandel. Schreibt man aber die Papierentwertung, die uns ans Leben geht, sind das „alle Kamellen“. Kritisiert man das Treiben der Jugend, ist man ein „alter Schafstopp“; bejammert man die Not der Rentner, so „überreizt“ man. Denkt man aber an sich selber und erhöht infolge der maßlos steigenden Herstellungskosten den Zeitungspriest, ist man ein „Schuft“, „Bucherer und Profiteursknecht“. Allen Reuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann. Erst wenn die Zeitung maß ausbleibt, merkt man, daß sie doch etwas ist: nämlich ein unentbehrliches Glied der Zeitverhältnisse ...

In Buttfeldt, Willersdorf und Rudersdorf trat Reichswehr mit dem vermutlichen Marschziel nach Weimar ein. Am Dienstag vormittag ist ein Eisenbahnzug mit Reichswehr auch in Eisenberg eingetroffen, deren Marschziel Gera ist.

Dienstag früh wurde auch die Stadt Gotha und die umliegenden Ortschaften durch Reichswehrabteilungen besetzt. Es wurden die wichtigsten Gebäude der Stadt besetzt und Verhaftungen kommunistischer Führer vorgenommen. Umfangreiche Durchsuchungen nach Waffen erfolgten; weiter wurde die Druckerei des „Volksblattes“ besetzt und verriegelt.

Halbamtlich verlautet: Dem Inhaber der vollziehenden Gewalt in Thüringen, Generalleutnant Reinhardt, der bisher dort nur über geringe Truppenkräfte verfügte, sind mehrere Bataillone, Batterien und Schwadronen als Verstärkung zugesichert worden, um ihm zu ermöglichen, für die Durchführung seiner Verordnungen und die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unter allen Umständen zu sorgen.

Der Fall Sachsen vor dem Staatsgerichtshof.

Die sächsische Regierung hat, wie schon vom Kabinett Beigner angekündigt, wegen des Vorgehens der Reichsregierung und des Reichspräsidenten gegen das Ministerium Beigner, ferner wegen der Amtsenthebung der bisherigen Minister durch den Reichskommissar Dr. Heinze und wegen des Verbots des Landtagszusammentritts am 30. Oktober die Entscheidung des Staatsgerichtshofes angerufen, um feststellen zu lassen, ob diese Maßnahmen verfassungsmäßig berechtigt waren.

Vor der Katastrophe im Ruhrgebiet.

Blutige Zusammenstöße in Kray.

Trotz des Festhaltens der amtlichen Devisenkursse spitzt sich die Wirtschaftslage im Ruhrgebiet von Tag zu Tag in steigendem Maße zu. Die Forderung schreitet gewaltig vorwärts, weil einzelne Geschäfte dazu übergegangen sind, die Grundpreise statt des Multiplikators herauszugeben. Die Preise stehen zu den Einnahmen der großen Massen in gar keinem Verhältnis. Die große Menge der Bevölkerung ist auf die Erwerbslosenfürsorge angewiesen. Aus diesen Anlässen sind denn auch auf der Zeche Bonifazius in Kray die ersten schweren Zusammenstöße erfolgt, wobei ein Bergmann von der Polizei getötet, 30 bis 35 Leute verwundet und ferner ein Polizeibeamter und mehrere Betriebsbeamte schwer verletzt wurden.

Im einzelnen wird über die beklagenswerten Vorgänge auf der Zeche Bonifazius noch berichtet:

Die Belegschaften hatten Dienstag nachmittag eine energiegeladene Demonstration vor dem Gebäude der Betriebsleitung veranstaltet, weil die ausgezahlten Erwerbslosengelder zu niedrig waren. Die Verwaltung konnte den Leuten allerdings erklären, daß sie nur die Vermittlerin sei und ihre Aufgabe nur darin bestehe, die von der Erwerbslosenfürsorge überwiesenen Gelder auszuschütten. Die Demonstration zog sich noch drei Stunden hin und führte dazu, daß der Betriebsführer mißhandelt wurde, während der Betriebsinspektor als Geisels festgesetzt wurde. Er ist bisher nicht freigegeben worden. Schließlich blieb kein anderer Ausweg, als die Polizei herbeizuholen, die von der Waffe Gebrauch machen mußte. Es kam dabei zu den angegebenen bedauerlichen Verlusten. Die Zeche Bonifazius war seit sieben Monaten von den Franzosen besetzt. In den letzten 14 Tagen hatten die Leute in der Spitze ca. 280 Millionen Mark ausgezahlt bekommen, während heute ein Pfund Schmalz im Ruhrgebiet 200 Milliarden Mark kostet.

Ruhe in Berlin.

In Berlin ist nach zwei stürmischen Tagen nunmehr eine gewisse Beruhigung eingetreten. Die Schutzpolizei war nämlich am Dienstag in die höchste Alarmstufe gebracht, die bald dadurch in Erscheinung trat, daß Panzerwagen durch die gefährdeten Straßen rollten und viele Hundertschaften mit Karabinern, Seitengewehren, Handgranaten und Gummistockpölsen die Straßen auf und ab patrouillierten und nach ihrer Instruktion rücksichtslos die Straßen säuberten.

Das wirkte. Der Janhagel und Mob, dem die Situation zu ungemütlich wurde, verging sich nach und nach. Immerhin waren die Straßen, die die Lage hindurch von Aufläufen durchsetzt waren, bis in die Nachtstunden sehr belebt. Aber größere Ausschreitungen konnten vermieden werden, und zwar in erster Reihe dadurch, daß die Beamten in bedrohlichen Situationen sofort Schreißchüsse abgaben, so daß die Menge wußte, im nächsten Augenblick würden wohl blaue Bohnen folgen. In den späten Abendstunden ereigneten sich noch etwa 10 bis 12 Plünderungen, aber „kleineren Stils“.

Der Russenprozeß in Lausanne.

Die Aussagen des Gesandtenmörders.

In Lausanne hat nunmehr der Prozeß gegen Conradt, den Mörder des russischen Unterhändlers Worowski, begonnen. Es wurde die Anklageschrift verlesen, ferner die Akten über die Voruntersuchung und die Briefe, die der Mörder nach der Tat an seine Frau und Schwester geschrieben hatte. Hierauf wurden die beiden Angeklagten vernommen.

Conradt erzählte,

daß er im Jahre 1921 in Gallipoli, wohin er sich geflüchtet habe, erfuhr, daß sein Vater in einem Krankenhaus im Elend gestorben sei, worauf er beschloß, nach Hause zu kommen. Er traf den ersten Bolschewistenführer, den er treffen würde, niederzuschießen. Mit lebhaften Gesten schilderte er dann, wie er am 10. Mai 1923 an Worowski diesen Plan ausführte, nachdem er in Berlin keine Gelegenheit dazu gehabt hätte. Dabei legte er

keine Neue, sondern Befriedigung

über die vollbrachte Tat an den Tag und erklärte, daß er die anderen beiden Mitglieder der russischen Delegation nur angeschossen, aber nicht töten wollte, weil es um die Ruhe in Lausanne gegangen wäre. Auf eine Bemerkung

des Staatsanwalts über den übermäßigen Mißbrauch des Angeklagten am Nordtore antwortete Conradt mit scharfen Wendungen.

Politische Rundschau.

Der preussische Staatsrat tritt am Montag, dem 12. November, zu einem neuen Tagungsabschnitt zusammen. Zur Beratung steht neben verschiedenen kleineren Vorlagen der Gesetzentwurf betreffend die Kirchenverfassungen der evangelischen Landeskirchen.

Die Düsseldorf-Berliner Verhandlungen. Nach einer Havas-Meldung aus Düsseldorf ist Montag wieder zwischen der französischen - belgischen Ingenieurmission und den Vertretern des Ruhrbergbaues Bögeler, Klöcker, Thijssen, Neusch und Huber verhandelt worden. Der neue Vorschlag des abgeänderten Abkommens sei geprüft worden. Die Bergbauvertreter hätten jetzt noch mit den Direktoren der Betriebe das Abkommen zu besprechen. Am nächsten Montag soll eine neue Besprechung stattfinden. Inzwischen würden die Vertreter der Metallindustrien nicht angeschlossenen Gruben mit der Ingenieurmission über die sie betreffenden Sonderfragen verhandeln.

Das Ende der Sonntagsreden. Im französischen Kabinettsrat ist beschlossen worden, daß die Regierung sich vom Tage des Zusammentritts des Parlamentes an bei Feiern in der Provinz nicht mehr durch eines ihrer Mitglieder vertreten lassen wird. Der Beschluß hat zur Folge, daß vom 13. November an bis nach Durchführung der Wahlen von 1924 kein französischer Minister mehr außerhalb von Paris in der Öffentlichkeit das Wort ergreifen wird.

Blutige Straßenkämpfe in Krakau.

Berlin, den 7. November.

Der Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“ meldet aus Krakau:

Im Verlauf des Generalstreiks ist es in ganz Polen zu blutigen Unruhen gekommen. Besonders ernst ist die Lage in Krakau, wo es heute mittag zu einer blutigen Schlacht kam. Ein Infanteriebataillon, das die Redaktion des sozialistischen „Naprzód“ besetzt hielt, wurde von der wohlbewaffneten Menge angegriffen, die ein Massenseuereröffneter und die Soldaten zu entlassen begann. Der bedrängten Infanterie kamen zwei Maschinengewehre und Panzerautos zu Hilfe. Es entstand ein regelrechter Kampf, wobei es auf beiden Seiten zahlreiche Tote und Verwundete gab. Ob es dem Militär gelang, die recht prekäre Lage zu beheben, war bei Abgang dieses Telegramms nicht zu erfahren. Im letzten Augenblick mir zugehende, vorerst unbeglaubigte Gerüchte besagen, daß der Krakauer kommandierende General sich veranlaßt gesehen habe, sich mit seinem Stabe in das die Stadt Krakau beherrschende Schloß zurückzuziehen.

Aus Laasphe und Umgegend.

* Laasphe, 9. Nov. Gestern vormittag fand vor und in dem Stadt Ratshaus von einem Teil der Arbeiterschaft der hiesigen Werke eine Demonstration gegen die Art der durch die Stadt erfolgten Kartoffelverteilung u. a. statt. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, doch konnten Ausschreitungen, abgesehen von einer Ausnahme, glücklicherweise vermieden werden. Im Anschluß daran wurden viele der Geschäfte revidiert. Der Polizeibericht wird die Einzelheiten in nächster Nummer bringen.

* Laasphe, 9. Nov. Am Sonntagabend, als dem Gedentag der Reformation, fand in der Kirche hierseits eine Feier statt, in welcher Herr Pfarrer Bauer einen eingehenden Vortrag über „Luther als Vorkämpfer“ hielt. Er führte den Zuhörern unsern großen Reformator als den eigentlichen Vater des deutschen evangelischen Kirchenlebens vor. Luther's Vorträge, zu denen er zum Teil auch selbst die Melodie erklang, sind die fruchtbarsten und volkstümlichsten, die wir überhaupt besitzen; sie sind aus jener heiligen Zuversichtlichkeit und Kraft des Vertrauens entstanden, die ihn überhaupt so herrlich machen. Dieser sind in unserer evangelischen Kirche viele der Vorträge nicht mehr bekannt. Es wäre zu wünschen, wenn auch diese, wie die bekannten, wieder gerne gehalten würden. Herr Regierungsbauinspektor Reich und Fräulein Johanna Jung hatten in anerkennenswerter Weise ihre musikalische Kunst in den Diensten der Feier gestellt. Ersterer erkundete die Zuhörer durch sein meisterhaftes Orgelspiel der fröhlichen Luthermelodien, letztere durch den wohlgeklungenen Vortrag einiger Lieder. — Es ist nur zu bedauern, daß solche Gedenktage nicht stärker beachtet werden.

* Der Tarifwahn in n. Der von Marburg kommende 1/10-Uhrzug wies gestern Abend nur zwei Reisende auf. Der eine davon war ein stellungloser Bäckergehilfe aus Buxbach. Da er nicht im Besitz einer Fahrkarte war, wurde ihm wegen der Fahrgeldhinterziehung auf der hiesigen Station seine Taschengeld als Pfand abgenommen.

* Laasphe, 9. November. Auf den hiesigen Bahnhöfen hat der Güterverkehr derart nachgelassen, daß täglich vier Güterzüge ausfallen müssen. Dadurch wird auch das Fahrpersonal vermindert und eine Anzahl Eisenbahner, die bisher im Fahrdienst tätig waren, mit anderen Arbeiten beschäftigt.

* Laasphe, 9. November. Durch die ungeheure Fahrpreiserhöhung der Eisenbahn ist es rein menschlich, daß vielfach der Versuch gemacht wird, die Züge ohne Fahrtausweis zu benutzen. Infolgedessen ist die Kontrolle sehr verschärft worden, besonders an den verkehrsreichen Tagen Montags und Samstags. Die Züge werden vor der Abfahrt von einer Anzahl Beamten genau kontrolliert, so daß es nicht so leicht zu Ungelegenheiten der Fahrgeldentrichtung kommen kann.

* Militärrenten. Größere Nachzahlungen werden am 10. und 12. Vormittags bei den Postämtern auf Grund der durch die Briefträger überbrachten Zahlungsanweisungen ausgezahlt.

* Die Verhältnisse für Erntehelfer. Die Steuerabgabe beträgt ab 4. November nicht fünfzehn Pfennig, sondern zwanzig Pfennig.

* Vom gut unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt: Die sich täglich verschärfende Knappheit in den großen Bedarfskommunen läßt eine Einschränkung des Butterverkaufs in den Erzeugergebieten unbedingt erforderlich erscheinen. Daher hat sich der Oberpräsident von Westfalen veranlaßt gesehen, die von ihm erteilten unbefristeten Butterverkaufs-Erlaubnisheine am 1. November einer Beschränkung hinsichtlich der Anlaufstadien zu unterwerfen. Zwecksetzung eines Beschränkungsvermerks sind die Erlaubnis-

heine umgehend dem Oberpräsidenten einzureichen. Erlaubnisheine, die den Beschränkungsvermerk nicht tragen, verlieren ab 1. November ihre Gültigkeit.

* Der Kreistag des Kreises Wittgenstein hat in seiner Sitzung vom 31. Okt. 1923 einstimmig folgende Entschlüsse angenommen: „Der heute versammelte Kreistag hat in einer mehrstündigen Aussprache zu den Notständen in allen Wirtschaftskreisen eingehend Stellung genommen. Von Vertretern aller Parteien wurde einstimmig die Pflicht zur Linderung der Not, welche heute hier im Kreise auf allen Berufsständen lastet, anerkannt und der Wille zur Mithilfe bis an die Grenze der Kräfte bekundet.“

1. Alle im Kreistag vertretenen Berufsstände und Parteien verpflichten sich, die Erkenntnis von den Notständen anderer Berufsstände durch weitgehende Ausklärung zu verbreiten und zur einmütigen Überwindung der gegenwärtigen Not nach Kräften zu helfen.

2. Der Kreistag nimmt die Erklärung des Arbeitgeberverbandes entgegen, wonach die im Arbeitgeberverband vertretene Industrie bereit ist

a) die industriellen Werke auf dem gegenwärtigen Betriebsstand nach Möglichkeit zu erhalten und weitgehende Einschränkungen solange als möglich hintan zu halten,

b) zur Beschaffung von Beihilfen und Vorschüssen für die Lebensmittel und besonders die Kartoffelversorgung der mittellosen und arbeitslosen Bevölkerungsbereitschaften beizutragen durch Bereitstellung ihrer Erzeugnisse, soweit sie im Haushalt der Bevölkerung verwertbar sind, zum Austausch gegen Getreide und Kartoffeln für notleidende Arbeiter,

c) durch Bereitstellung von Vorschüssen, wo diese irgend möglich gemacht werden können.

3. Der landwirtschaftliche Kreisverein ist bereit, den Austausch der Erzeugnisse der Industrie gegen Getreide und Kartoffeln zu vermitteln und nach Kräften zu fördern.

4. Der Kreistag erkennt als Hauptvoraussetzung für die Aufrechterhaltung der heimischen Industrie und des Gewerbes die Sicherstellung ausreichender Kredite zu erträglichen Bedingungen an und wird in enger Zusammenarbeit mit den Kreisparlamenten, deren segensreichster Wille für alle Wirtschaftskreise einhellig anerkannt wird, sowie unter weitgehendster Zusammenarbeit der Landesbank die Sicherung der Kreditbedürfnisse auch in Zukunft anstreben.

Nachdem der Arbeitgeberverband bereit, durch Verpfändung vorhandener Lagerbestände Sicherheiten zu bieten gegen Bereitstellung von Betriebsmitteln bei den Kreisparlamenten, wobei aber untragbare Bedingungen für Verpfändbarkeit durch Vermittlung des Kreises vermieden bzw. abgemildert werden müssen. Die künftigen Verwaltungen haben bereits Beschäftigten in erheblichem Ausmaß für die Kartoffelbeschaffung übernommen und werden auf diesem Wege auch weiter helfend eingreifen. Darüber hinaus wird der Kreis notfalls durch Bürgschaftübernahme zur Kreditbeschaffung helfen, soweit diese nicht von den Unternehmern selbst gestellt werden können.

Die bereitgestellten Kredite sind durch sorgfältige Überwachung nur denjenigen Kreisen zuzuführen und auf diejenigen zu beschränken, welche der Erhaltung der Arbeitsgelegenheit und der Versorgung mit Lebensmitteln dienen.

5. Größte Sorgfalt ist auf die sofortige Bereitstellung von Notstandsmitteln zu verwenden. Die leistungsfähigen Gemeinden sind durch Kredite des Kreises hierin zu unterstützen. Der Kreis wird möglichst viel Arbeitskräfte im Straßenbau beschäftigen und auch größere Unternehmungen wie Ausbau von Wasserkräften, Rekonstruktionen ins Auge fassen.

6. Der Herr Landrat und der Kreisamtsrat werden vom Kreistag ermächtigt, die zur Durchführung der vorstehenden Richtlinien namentlich auf dem Gebiet des Kreditwesens etwa erforderlichen übrigen Beschlüsse zu fassen und die nachträgliche Genehmigung des Kreises einzuholen.

Der Kreistag richtet einstimmig an alle Berufsstände die eindringliche Bitte, in rechter Erkenntnis die Not und Sorgen anderer Berufsstände verständnisvoll zu würdigen, Ruhe und Besonnenheit zu wahren und jeder an seinem Teil nach Kräften zum Frieden in unserm Heimatkreis in dieser schweren Notzeit beizutragen.

* Willefeldt, 9. November. (Hohes Alter.) Der Landwirt D. v. hier vollendet in nächster Woche sein 90. Lebensjahr. Dabei befindet sich Herr D. noch sehr gesund und rüstig, so daß ihm voranschaulich noch eine längere Lebensdauer beschieden sein dürfte. Für manche ist zwar das heutige Leben nicht mehr schön zu nennen.

* Willefeldt, 9. November. Am vergangenen Dienstagabend versammelte sich vor dem hiesigen Gasthof Rait eine große Anzahl Arbeiter. Der Zweck des Aufmarsches war, mit dem Besitzer der hier besetzten Lagerhäuser zu verhandeln. An Stelle des Besitzers war dessen Vertreter erschienen, der sich jedoch den Verhandlungen entziehen und schließlich wieder abgeben wollte. Daran wurde er aber verhindert und man zwang ihn mit zum Amt zu gehen, um dort zu verhandeln. Die Staatsanwaltschaft hatte die Angelegenheit dem Amtsgericht in Verleburg übergeben und dieses hatte den Verkauf der Waren angeordnet, und zwar zum Tagespreise. Die Verhandlungen auf dem Amt währten mehrere Stunden, so daß an die Schuld der dringenden Geldenden große Anforderungen gestellt wurden. Der Vertreter des Besitzers wies schmerzhaft nach, daß er für das Pfund 80 Goldpfennig haben müsse. Damit waren die Versammelten jedoch nicht einverstanden und boten für das Pfund 5 Mark. Zu einer Einigung kam es infolgedessen nicht, so daß die Versammlung ergebnislos verlief. Am anderen Tage reiste der Vertreter nach Verleburg, um mit dem Amtsgericht und seiner Firma Rücksprache zu nehmen. Auch wird sich die Gemeindevertretung noch mit der Angelegenheit beschäftigen, um im Interesse der Arbeiterschaft eine befriedigende Lösung herbeizuführen. Über den weiteren Verlauf der Angelegenheit werden wir in nächster Nummer berichten. Es muß anerkannt werden, daß die ganzen Ver- und Unterhandlungen in voller Ruhe verliefen. Zum Dank dafür ließ der Vertreter seinen Hut als Andenken zurück und fuhr ohne Kopfbedeckung von dannen.

* Verleburg, 8. Nov. Der Kreisassistent Dr. Hammer von hier ist zum Kreismedizinalrat des Kreises Wittgenstein ernannt worden.

* Verleburg, 7. November. Eine Störung in der staatlichen Hochspannungsleitung zum Umspannwerk Frankenberg machte gestern auch das Netz des Ueberlandwerkes einige Stunden lahm.

* Die Landesversicherungsanstalt für Westfalen in Münster schreibt uns: Nach neuerer Verordnung des Reichsarbeitsministers gelten vom 5. November dieses Jahres ab: Lohn für einen Tagelöhner bis zu 100 Pfennigen 1,00 Mark, 101 bis 150 „ 1,25 „, 151 bis 200 „ 1,50 „, 201 bis 250 „ 1,75 „, 251 bis 300 „ 2,00 „, 301 bis 350 „ 2,25 „, 351 bis 400 „ 2,50 „, 401 bis 450 „ 2,75 „, 451 bis 500 „ 3,00 „, 501 bis 550 „ 3,25 „, 551 bis 600 „ 3,50 „, 601 bis 650 „ 3,75 „, 651 bis 700 „ 4,00 „, 701 bis 750 „ 4,25 „, 751 bis 800 „ 4,50 „, 801 bis 850 „ 4,75 „, 851 bis 900 „ 5,00 „, 901 bis 950 „ 5,25 „, 951 bis 1000 „ 5,50 „.

44	„	„	„	12	„	8,8
45	„	„	„	16,8	„	5
46	„	„	„	24	„	7,2
47	„	„	„	36	„	10,4
48	„	„	„	48	„	14,8
49	„	„	„	60	„	18,8
50	„	„	„	über 60	„	28,2

Amst. Dollarkurs am 8. 11.: 630 Milliarden.

Um dem Markenmangel abzuhelfen, hat die Landesversicherungsanstalt in Aussicht genommen, ihre Kontrollstellen in der Provinz mit den z. St. geltenden Marken zu beliefern. In etwa 1-2 Wochen werden die Marken voraussichtlich dort zu haben sein.

— Der Goldumrechnungssatz für die Reichsbank beträgt 150 Milliarden Papiermark für je 1 Goldmark.

Milder Winter in Sicht. Daß die Vögel gute Wetterpropheten sind, ist eine alte Wahrheit. Aus dem Pust-Tal, Tirol, wird geschrieben: Es sind mancherlei Anzeichen vorhanden, daß wir einem milden Winter entgegengehen, vor allem andern, weil wir gegenwärtig noch Schwärmen in größerer Anzahl bemerken können, die noch nicht an die Reise denken. Die Finken schlagen auch noch lustig, als ob es dem Frühling entgegengehen würde. Die Jäger sagen, daß Hasen, Füchse und Hasen noch immer ihre schöne Sommerkleidung tragen. Die kleinen Waldtiere, die sonst um diese Zeit schon mit dem Sammeln von Wintervorräten beschäftigt sind, zeigen noch gar keine Geschäftigkeit und gehen noch nicht auf die Vorratsuche. Alle diese Anzeichen und noch viele andere deuten unzweifelhaft darauf hin, daß der Winter 1923/24 ein milder und wohl auch schneearmer werden wird.

Vermischtes.

— **Zeitungsmissere.** Die vor einigen Wochen vom täglichen zum zweimal wöchentlichen Erscheinen übergegangenen „Oberbayerischen Nachrichten“ stellen ab 1. November ihr Erscheinen vollständig ein und geben dies ihren Lesern wie folgt bekannt: „Mit dem heutigen Tage stellen wir das Erscheinen unserer Zeitung vorläufig ein. Zerkünftig sind von den Rheinischen Zeitungsverlegern die niedrigen Grundzahlen wie bisher beibehalten worden. Trotz unserer Bitte ließ sich die Post nicht bewegen, den richtigen Betrag einzuziehen; wir wurden auf den Weg der Nachnahme verwiesen. Was uns dieses Verfahren einbringt, haben wir im Oktober zur Gänze erfahren. Von den an unsere Postabonnenten gesandten Nachnahmearten kam der größte Teil als „Annahme verweigert“ zurück. Bei solch geringem Verständnis vieler Leser ist es nicht möglich, ein derartig hohes Risiko im November wiederum auf uns zu nehmen.“

Die Versorgung mit Zahlungsmitteln seitens der Reichsbank ist nunmehr wieder so weit sichergestellt, daß die Zahlungsmittelknappheit, die in den vergangenen Tagen sich geltend gemacht hat, jetzt als behoben angesehen werden kann. Der Reichsminister der Finanzen wird daher weiterhin Anträge auf Ausgabe von Notgeld, das auf Papiermark lautet, nicht genehmigen.

Der Säugling mit dem langen Bart. Aus Ungarn werden mitunter recht sonderbare Sachen gemeldet. So wird berichtet: Auf der Pozsonyer Geburtsklinik wurde dieser Tage ein sonst vollkommen normaler Säugling geboren, der einen ziemlich langen Bart hatte. Die Mutter des Kindes ist die Gattin eines Pozsonyer Gewerbetreibenden. Der Neugeborene, dem in ärztlichen Kreisen großes Interesse zugewendet wird, erbrut sich der besten Gesundheit.

Schweres Grubenunglück in Nordamerika.

Charleston (Westvirginia), 7. November.

In Glenrogers ereignete sich eine schwere Explosion. Hierbei wurden zwölf Personen getötet. Man fürchtet für das Leben weiterer 30 Bergleute, die noch in den Gruben sind.

Die neuen Fernspreckgebühren

sind im einzelnen wie folgt geregelt:

Ein Ortsgespräch kostet 7.5 Milliarden.

Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer werden erhoben:

	Milliarden
bis 5 Kilometer	7.5
mehr als 5 " 15 "	15.0
" 15 " 25 "	22.0
" 25 " 50 "	45.0
" 50 " 100 "	67.5
für jede angefallenen 100 Kilometer mehr	22.5
Für dringende Gespräche das Dreifache, für Bliggespräche das Hundertfache der gewöhnlichen Gebühr.	

	Milliarden
Portagsmeldung	7.5
Ankunftsgebühr	7.5
Streichungsgebühr für Gespräche	7.5
XP, V. oder N-Gebühr für eine Person je	30.0
Unfallmeldegebühr	45.0
Gerichtstelegramme: Grundgebühr	12.0
außerdem für jedes Wort	6.0
Ortsstelegramme: Grundgebühr	3.0
außerdem für jedes Wort	3.0
für Zustellung bei ungenügender Anschrift	18.0
für Vorauszahlung der Gebühren (XP)	6.0

Letzte Nachrichten.

Reichsdiktatur in München ausgerufen!

Eine nationale Reichsregierung proklamiert:

Hitler: Leiter der deutschen Politik. — Löffow Reichswehrminister. — Seisser Reichspolizeiminister. — Lundenborff: Führer der deutschen Armee.

München, 8. Nov. Der heutige Abend hat in München den Staatsumsturz gebracht. In der ungeheuren überfüllten und schon um 7 Uhr polizeilich gesicherten Versammlung im Saal des Bürgerbräukellers hielt der bisherige Generalstaatskommissar Dr. v. Kahr die angekündigte große Rede. Ehe er sie aber noch zu Ende geführt hatte, wurde er plötzlich von dem anwesenden Führer der Nationalsozialisten Hitler unterbrochen. Sturmtruppen drangen in den Saal ein und gaben eine Anzahl Schüsse gegen die Saaldecke ab. Es entstand eine ungeheure Unruhe. Hitler brach sich durch die Menge Bahn und erklärte, die Regierung Knilling sei gestürzt und die nationale Diktatur ausgerufen. Heute vor fünf Jahren sei die Revolution ausgebrochen, mit dem

heutigen Tage sei sie beendet. Das Kabinett Knilling sei abgesetzt. Die Minister Knilling und Schaefer, die in der Versammlung anwesend waren, wurden trotz ihres Protestes verhaftet und vorläufig eingesperrt. Außerdem wurden verschiedene andere prominente Persönlichkeiten verhaftet. Hitler teilte mit, daß die neue bayerische Regierung bereits gebildet sei. Landesverweser sei v. Kahr, Ministerpräsident Poener. Eine deutsche nationale Reichsregierung werde in München gegründet. Es werde sofort eine deutsche nationale Armee errichtet. Die Leitung der deutschen Politik übernehme er, Hitler, selbst. Erzengel Lundenborff übernehme die Leitung der deutschen Armee, General v. Löffow werde Reichswehrminister, Oberst v. Seisser werde Reichspolizeiminister. Hitler richtete an die Versammlung, in der zahlreiche Offiziere anwesend waren, die Anfrage, ob sie mit seinen Vorschlägen einverstanden seien, was mit tosendem Beifall bejaht wurde. Hierauf wurden die als Mitglieder der neuen Regierung vorgestellten Persönlichkeiten in den Saal geführt. Sowohl Kahr als auch Lundenborff und Poener erklärten sich in kurzen Ansprachen zur Übernahme ihrer Ämter bereit. Hierauf richtete Hitler ein Schlusswort an die Versammlung, in dem er erklärte, der Tag, den er seit fünf Jahren erwartet habe, sei heute gekommen. Er werde Deutschland wieder zu einem Reiche der Herrlichkeit machen. Gegenwärtig in der 11. Abendstunde ist der große Saal des Bürgerbräukellers noch stark besetzt und durch Militär abgeschlossen. In der 10. Abendstunde bewegte sich vom Bürgerbräukeller aus ein gewaltiger Zug von Angehörigen der Kampfverbände mit Fahnen und Musik nach dem Bürgerbräukeller.

6. Division Wehrkreiskommando 6.

(1 c Nr. 516 Pers.)

Durch Verordnung vom 24. 7. 1923 hat der Preuß. Minister des Innern alle Versammlungen unter freiem Himmel einschließlich aller Umzüge bis auf weiteres verboten. Dieses Verbot ist nach wie vor in Kraft und wird hiermit auf das gesamte Gebiet des Wehrkreises 6 (Hannover, unbefestetes Westfalen, unbefestetes Rheinland, Braunschweig, Oldenburg, Bremen, Lippe-Deimold, Schaumburg-Lippe) ausgedehnt.

Ausnahmen von dem Verbot werde ich im Falle ganz besonderer Sachlage auf Antrag genehmigen.

München, den 28. September 1923.

Der Befehlshaber. v. Söfberg.

6. Division Wehrkreiskommando 6.

Befehl: Mit Zustimmung des Regierungskommissars verbiete ich für den Bezirk des Wehrkreises 6 jede öffentliche Versammlung, auch in geschlossenen Räumen. Ausnahmen von diesem Verbot bedürfen in jedem einzelnen Falle meiner besonderen Genehmigung. Ferner verbiete ich die Bildung von proletarischen und anderen Selbstschutzhundertschaften oder Formationen. Bereits bestehende Hundertschaften, Formationen und dergl. werden hiermit aufgelöst. Früher erlassene Verbote bleiben bestehen. Auf die Strafbestimmungen des § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. 9. 1923 bei Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen nehme ich Bezug. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft.

München, den 29. September 1923.

Der Befehlshaber. gez. v. Söfberg.

Bekanntmachung.

Die Hochspannungsstrecke Abzweig nach Fabrik Mittelmann Laasphe von Hochspannungsstrecke Richtung Paderbach ist in Betrieb gesetzt.

Wir weisen nochmals dringend auf die großen Gefahren hin, die durch das Befahren der Stützpunkte sowie Verühren der Leitungen unmittelbar wie auch mittelbar entstehen.

Kommunales Ueberlandwerk Wittgenstein

G. m. b. H., Verleburg.

Laaspher Lichtspiele.

Sonntag den 11. November
abends 8 1/2 Uhr

Durch Kerker und Paläste
von San Marco

2. Spiel:

Das Fest der Venus

mit Luciano Albertini.

Als Beiprogramm:

Charly Chaplin als Portier

Höchst originell! Lachen ohne Ende!

Gute Streichmusik

Paul Fuchs.

Westfälischer Hof

Junger Silberbrakei-Hahn

zu kaufen gesucht. Ang. an die Geschäftsst. d. Wittg. Stg.

Dankagung.

Für die überaus herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des treuforgenden Vaters meiner Kinder, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Bauer, den erhebenden Grabgesang des Gesangsvereins Niederlaasphe, die erwiesene Ehre durch die Gemeinde sowie für die vielen Kranzspenden vielen herzlichsten Dank.

Niederlaasphe, den 6. November 1923.

Frau August Schaefer Wwe.

geb. Mittelmann,

und Kinder.

Verordnung des Reichspräsidenten

auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung betreffend die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das Reichsgebiet nötigen Maßnahmen vom 26. 9. 1923.

§ 4. Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Abs. 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei milderen Umständen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei milderen Umständen mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft. Daneben kann auch auf Vermögensentziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Abs. 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei milderen Umständen mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft.

Maschinenöl, Fussbodenöl,
Autoöl, Zylinderöl, Stauffer-
fett, Putzwolle, Wagen- und
Lederfett

Liefern in besten Qualitäten

Schmidt & Hoffmann

Fabrikation u. Vertrieb Lehn. Ole u. Fette.

Wittgenstein, Kr. Wittgenstein.

Für Zahn- kranke!

Vin jeden Dienstag und
Freitag in Grubtebrück
bei W. v. S. S. n. g. Kirch-
straße, anwesend.

Sprechstunden von vorm.
9 bis nachm. 5 Uhr. Behand-
lung sämtl. Kassenmitglieder.

Abolf Scheuer,
Laasphe, Dentist. Vert. jr.

Papierabfälle, Zeitungen, Bücher

sowie sämtliche anderen
Rohprodukte kauft und
tauscht gegen reines Wolfgarn

Jat. Moses, Laasphe
für Guthmann & Co.,
G. m. b. H., Wiedenlopf.

Christlicher Anzeiger.
Evangelischer Gottesdienst
in Laasphe.

24. S. n. Trin., 11. Novbr.
Vorm. 10 Uhr: P. Adams.
Sammlung für den evangl.
Preisverband für Deutschland.

11 1/4 Uhr: Kindergottesdienst.
10 Uhr in Paderbach: P. Bauer.

Katholischer Gottesdienst
in Laasphe

Sonntag vormittags 9 Uhr.
(Wittgensteiner Sol.)

Persil
vollständig
unschädlich

Es ist aus
besten Rohstoffen
hergestellt und
enthält weder
Chlor noch andere
die Wäsche
schädigende
Bestandteile.

Reparaturen

an Nähmaschinen, Cen-
trifugen sowie Motor-
rädern u. sonstigen Kraft-
fahrzeugen, landwirt-
schaftl. Maschinen etc.
in mod. Reparaturwerkstatt
preiswert und prompt.

Herm. Jüngst,

G. m. b. H.,

Dahlbruch, Kreis Siegen.

Gottesdienst-Ordnung
der Gemeinde Grubtebrück.

Sonntag den 11. Novbr. 1923.
Erntedankfest.

10 Uhr: Hauptgottesdienst mit
Feier des hl. Abendmahls.
P. Sauer.
1 1/2 Uhr: Kindergottesdienst.
Freitag 8 1/2 Uhr abends:
Jungmädchen-Verein.